Die Kontrolldicke ist entsprechend der bestehenden Gestaltungsfreiheit des Planungsträgers reduziert.

2. Feststellungsklage

In Betracht kommt auch eine Feststellungsklage nach § 43 Abs. 1 VwGO. Ein konkretes Rechtsverhältnis wird insbesondere durch eine Verbindlicherklärung gegenüber den Entsorgungspflichtigen begründet.⁷⁶

VII. Fazit

Die Abfallwirtschaftsplanung nach dem neuen § 30 KrWG belegt die vielfältigen Angriffsmöglichkeiten der

Umweltverbände. Da sie weitgehend durch die Prinzipien der Entsorgungsautarkie und der Nähe nach Art. 16 AbfRRRL gesteuert wird, bestehen diese Klagemöglichkeiten unabhängig davon, ob sie § 2 UmwRG über die Trianel-Entscheidung des EuGH hinaus auch für nicht vom Unionsrecht ableitbares Umweltrecht eröffnet. Die Weite des § 2 UmwRG wirkt sich insoweit praktisch kaum aus, wohl aber die Erstreckung der Umweltverbandsklage auch über UVP-pflichtige Maßnahmen hinaus entsprechend dem EuGH-Urteil zu den slowakischen Braunbären.

76) Im Einzelnen Dammert, Abfallentsorgungsplanung, 1991, S. 225 f.

BERICHTE

DOI: 10.1007/s10357-013-2411-8

Tagungsbericht: Eröffnungsveranstaltung der Koordinierungsstelle Windenergierecht (K:WER)

Ralf Ramin

© Springer-Verlag 2013

Als Einrichtung der Technischen Universität Braunschweig beschäftigt sich die Koordinierungsstelle Windenergierecht (K:WER) seit Anfang 2012 mit den vielfältigen juristischen Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Nutzung der Windenergie stellen. Hervorgetreten ist sie seitdem mit Veröffentlichungen vor allem zum Verhältnis Windenergieanlagen – Artenschutz, zur sog. Naturschutzfachlichen Einschätzungsprerogative, zu untergesetzlichen Regelwerken und zu der Rolle von Sachverständigen des Genehmigungsverfahrens, mit Fachtagungen, Fachgesprächen und Expertentreffen sowie mit dem alle zwei Monate erscheinenden elektronischen Newsletter WER-aktuell.

Am 11. Januar 2013 fand nun im Haus der Wissenschaft in Braunschweig die offizielle Eröffnungsveranstaltung statt. Vor mehr als 100 Gästen formulierten Herr *Thorsten Müller*, Vorsitzender des Vorstandes der Stiftung Umweltenergierecht, Würzburg, Frau *Sylvia Pilarsky-Grosch*, Vizepräsidentin des Bundesverbandes Windenergie (BWE), Berlin, sowie Herr Dr. *Norbert Brielmann*, Büro für ökologische Studien, Rostock, Erwartungen an die K:WER aus der Sicht der Wissenschaft, der Politik und der Praxis. Herr Professor Dr. *Edmund Brandt*, Leiter der Koordinierungsstelle, erläuterte die institutionelle Vertretung, die Handlungsformen und die aktuellen Projekte.

Herr *Jan Hinrich Glahr*, Vorsitzender des Fördervereins, Potsdam, stellte den Verein vor und informierte über schon geleistete und anstehende Unterstützungsleistungen. Schmerzlich vermisst werde mit Blick auf die bisherige Be-

hörden- und Gerichtspraxis die adäquate Verwertung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse. Entsprechend groß sei hier die Erwartung an die K:WER, die Inter- und Transdisziplinarität zu ihren konstitutiven Merkmalen zähle.

Vor dem Hintergrund anstehender Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts plädierte Herr Rechtsanwalt und Notar *Jann Berghaus*, Aurich, in seinem Beitrag „Offene Fragen im Recht der Windenergienutzung“ für eine intensive Beschäftigung mit planungsrechtlichen Fragen. Nicht nur bezogen auf den Artenschutz, sondern auch bezogen auf Anforderungen, die sich im Spannungsfeld mit der Flugsicherung stellen, werde die Rechtsfigur „Einschätzungsprerogative“ weiterhin die K:WER zu beschäftigen haben. Das gelte auch für das weite Feld des Artenschutzrechts sowie neuartige Problemstellungen im Zusammenhang mit Repowering und von Windkraftanlagen im Wald.

Abgerundet wurde die Veranstaltung durch die Unterzeichnung des Kooperationsvertrages mit dem Georg Westermann Verlag, der die verlegerische Betreuung sämtlicher Publikationen der Koordinierungsstelle übernehmen wird.

Als Basisbefund durchzog sämtliche Beiträge die Erkenntnis, dass eine gründliche wissenschaftliche Durchdringung praktisch aller Facetten des Windenergierechts unabdingbar ist. Das bezieht sich zunächst auf die Klärung der Ausstrahlung, die von elementaren Verfassungsprinzipien wie etwa dem Gewaltenteilungsgrundsatz ausgehen, betrifft sodann die Ermittlung des Bedeutungsgehalts von Vorschriften des einfachen Rechts – unter Berücksichtigung untergesetzlicher Regelwerke – und mündet schließlich in der Entwicklung von Mechanismen zur Bewältigung von Normenkollisionen.

Nachzulesen sind die Vorträge im Jahrbuch Windenergierecht 2012, das im Februar 2013 erscheint.

Ass. jur. Ralf Ramin, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Staats- und Verwaltungsrecht sowie Verwaltungswissenschaften an der Technischen Universität Braunschweig, Braunschweig, Deutschland